

Sessionsbericht Frühjahrsession 2013

Datum: 28. März 2013

Von Verena Diener, Ständerätin

Die Frühjahrsession forderte uns mit einem breiten Spektrum an politischen Themen. So waren auch zwei Volksinitiativen auf der Traktandenliste.

Einerseits stand die Aufhebung der Wehrpflicht zur Diskussion. Wir lehnten eine ersatzlose Aufhebung der Wehrpflicht ab, sind aber bereit, eine allgemeine Dienstpflicht für Frauen und Männer zu unterstützen mit dem Ziel, dass alle Mitglieder unserer Gesellschaft einen gemeinnützigen Beitrag leisten sollen. Ein Teilelement kann da auch die militärische Wehrpflicht sein. Wir reichten darum im Nationalrat einen entsprechenden Vorstoss ein.

Volksinitiative „1:12 Für gerechte Löhne“

Bei der Volksinitiative „1:12 Für gerechte Löhne“ enthielten wir uns im Ständerat der Stimme. Diese Vorgabe ist leicht zu umgehen und gehört nicht in die Verfassung. Es ist auch nicht die Aufgabe des Staates, hier so starr einzugreifen. Die grossen Lohnunterschiede, vor allem bei den Höchstlöhnen, bereitet aber auch uns Grünliberalen Sorg, denn in den vergangenen 10 Jahren hat sich die Kluft zwischen den Tiefstlöhnen in den mittelgrossen Firmen und den Durchschnittsbezügen der Konzernleitungen im Mittel etwa verdoppelt – von 1:18 auf 1:36. Und im Bereich von Grossfirmen liegt das Verhältnis sogar bei 1:93. Das ist für unseren sozialen Frieden belastend und auch nicht mit „Leistungen“ erklärbar. Freiwillige Beschränkung muss hier wieder vermehrt eingefordert werden und eine Trendumkehr ist notwendig. Und auch Lenkungsinstrumente wie Besteuerung, Transferleistung im sozialen Bereich oder Gesamtarbeitsverträge können zur Steuerung beigezogen werden. Und unsere Stimmenthaltung im Ständerat sollte ein Zeichen sein, dass wir eine Verhaltensänderung bei den heutigen Entschädigungsexzessen erwarten.

Die Beschaffung des Kampffjets Gripen lehnten wir ab. Zuerst soll uns ein zukunftsweisendes, unterstützungswürdiges Militärkonzept vorgelegt werden, das festhält, was wir mit unserer Armee anstreben. Erst dann lassen sich die Fragen bezüglich Luftwaffe beantworten.

Ja, und dann beschloss der Ständerat nach vielen Pannen und Peinlichkeiten endlich das elektronische Abstimmungsverfahren einzuführen. Markus Stadler und ich konnten diesen emotionalen Prozess nur mit Kopfschütteln und einer Portion Humor begleiten. Für uns war und ist Abstimmungstransparenz eine Selbstverständlichkeit.

Staatsvertrag zum Flughafen Zürich

Dass wir dem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland zum Flughafen Zürich nur widerwillig zustimmten, hat mit der fehlenden Alternative zu tun und dem Wissen, dass das Abkommen zur Zeit in Deutschland nicht ratifiziert werden kann. Zudem muss unserer Bevölkerung in den verkehrsreichen Abendstunden massiv mehr Lärm ertragen. Wie diese Belastung „gerecht“ verteilt werden kann, ist noch völlig offen und auch die Fragen nach Wachstumsgrenzen im Flugverkehr bleiben unbeantwortet.

Eine interessante Fragestellung bot die kantonale Initiative Nidwalden zur Forderung, das Kernenergiegesetz abzuändern und den möglichen Standortkantonen für radioaktive Abfälle wieder ein Vetorecht einzuräumen. Dazu gilt es festzuhalten, dass ein solches Vetorecht bis vor wenigen Jahren im Gesetz enthalten war und bei der letzten Revision entfernt wurde aus Angst, jede Lagerstätte damit verhindern zu können. Dieses Ändern der Spielregeln während dem „Spiel“ hatte ich schon früher kritisiert und wir Grünliberalen befürworteten die Wiedereinführung dieses Vetorechts. Auch im Wissen, dass solche gravierenden Entscheide einer Bevölkerung nicht einfach übergestülpt und zwangsverordnet werden können. Eine mögliche Lösung wird nur über den Dialog und Verhandlungen möglich werden. Ein Diktat wird nicht umsetzbar sein und widerspricht unserer langjährigen demokratischen Erfahrung. Leider sah dies eine Ratsmehrheit anders...